

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 24 (1983)
Heft: 19

Artikel: Friedenskampagne als Kriegsmittel
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093581>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

**Laszlo Revesz:
Vor 35 Jahren
begann die Sowjetunion
mit dem Aufbau
ihrer Friedenspropaganda-Armee**

Friedenskampagne als Kriegsmittel

Nach Auffassung der kommunistischen Philosophie ist «Kampf für den Frieden» identisch mit «Kampf für den Sozialismus», weil Frieden nur durch Sozialismus gesichert werden könne. Da die Weltrevolution nicht in allen Ländern gleichzeitig möglich sei, schiebt sich zwischen den gegebenen «unvollkommenen» Zustand und die «vollkommene» Weltrevolution die Phase der «friedlichen Koexistenz». Nach herrschender Lehre dient diese nicht zur Erhaltung des gegebenen Zustandes, sondern zur globalen Offensive ohne Einsatz militärischer Mittel auf dem Schlachtfeld (hingegen dient das militärische Potential, in Europa insbesondere die SS-20, als politisches Instrument zur Einschüchterung und Erpressung). «Friedliche Koexistenz» ist ein Synonym für «politische Kriegführung». Der «Kampf für den Frieden» ist mithin ein Bestandteil des politischen Krieges.

Die Sowjetunion ist der erste und einzige Staat, der in einer äusserst aktiven, offensiven und umfangreichen Propagandaarbeit den Kampf für den Frieden als einen ständigen Bestandteil seiner aussenpolitischen Aktivitäten verkündet und sich für den «Frieden» auf internationaler Ebene einsetzt. Dabei kämpft die UdSSR aber ausschliesslich für den «gerechten» Frieden; ob ein Frieden gerecht oder ungerecht ist, entscheidet das Moskauer Politbüro aufgrund der jeweiligen «internationalen Klassenverhältnisse» – und natürlich der jeweiligen sowjetischen Interessenlage.

Schon Anfang der dreissiger Jahre schaltete sich die Sowjetunion für kurze Dauer indirekt – durch die Partei – in die Antikriegsbewegung ein, um dadurch die linken Intellektuellen des Westens für die Zielsetzung der kommunistischen Bewegung zu gewinnen.

Die systematische Friedenspolitik begann 1945/1946, in der Zeit der Errichtung der sogenannten «internationalen demokratischen Organisationen». Diese Frontorganisationen setzten sich nach dem reinen Wortlaut der Statuten das Ziel, für «Frieden und Demokratie» zu kämpfen, um die Möglichkeit eines neuen Weltkrieges auszuschliessen.

35 Jahre «revolutionäre Friedensoffensive»

Während Stalin im Spätsommer 1948 Tito unter Druck setzte, sowjetische Truppen gegen Jugoslawien in Ungarn, Bulgarien und Rumänien aufmarschieren liess, wurde auf indirekte sowjetische Initiative hin eine Friedensveranstaltung nach der anderen abgehalten. Schon im August 1949 fand in Moskau eine Konferenz der Anhän-

ger des Friedens statt, und im November des gleichen Jahres folgte eine weitere in Indien. Nationale Kongresse der Friedensverteidiger wurden 1949 in England, Belgien, Holland und den USA sowie in allen osteuropäischen Staaten abgehalten. Der 2. Oktober wurde zum internationalen Tag der Antikriegskundgebungen erklärt.

Die Gründung einer dauerhaften, offensiven Friedensbewegung datiert aus dem Jahr 1948. Damals wurde vom 25. bis 28. August auf dem Breslauer Weltkongress der Kulturschaffenden die Festigung eines im marxistisch-leninistischen Sinn aufgefassten Friedens erörtert. Es wurden der mögliche Einsatz der westlichen Intellektuellen für diesen Frieden diskutiert und Massnahmen beschlossen. Dabei ging man davon aus, dass sich die revolutionäre Lage im gegnerischen Lager des Kapitalismus und Imperialismus in Friedenszeiten viel leichter entwickle als im Krieg. Man erwartete, dass der Imperialismus durch eine «revolutionäre Friedensoffensive» leichter in die Ecke gedrängt werden könne als durch gewaltsames revolutionäres Vorgehen. Der Kongress «entlarvte» mit propagandistischer Verdrehung die Kriegsvorbereitungen, die angeblich von den imperialistischen Staaten bereits wieder getroffen wurden und brandmarkte die Initianten, hinter denen man vor allem die imperialistische Politik der USA sah.

Als Sofortmassnahme wurde in Paris ein Internationales Büro für die Kontakte der Kulturschaffenden im Interesse der Friedensverteidigung gegründet. Dieses Büro bildete die Dachorganisation für die nationalen und lokalen Komitees und Gruppen für Friedensverteidigung, die gleich nach dem Breslauer Weltkongress in vielen Ländern der Welt gegründet wurden.

Von Anfang an mit Lügen für den «Frieden»

Wichtigstes Resultat der Anstrengungen des Breslauer Weltkongresses und des Pariser Büros war die Einberufung eines Weltfriedenskongresses, der vom 20. bis 25. April 1949 gleichzeitig in Paris und Prag stattfinden musste, weil die französische Regierung vielen «Friedensverteidigern» – hauptsächlich denjenigen aus dem Ostblock – das Visum verweigerte. Der gegenwärtige Ministerpräsident Tichonow, damals Präsident des Sowjetischen Komitees für Friedensverteidigung, rechtfertigte die Gründung der Weltfriedensbewegung beim 20. Jahrestag ihres Bestehens mit der immer wieder kolportierten Unwahrheit, dass sie als Antwort auf die Gründung der Nato ins Leben gerufen worden sei. Wie falsch diese Behauptung ist, zeigt sich schon in dem Umstand, dass auch der Breslauer Weltkongress in Tat und Wahrheit ein «Friedenskongress» war, und dass dabei die ersten Grundlagen für die spätere Weltfriedensbewegung bereitgestellt wurden. Die konzeptionellen und organisatorischen Vorbereitungen für diesen Kongress wurden aber 1947 aufgenommen – und damals gab es noch keine Nato.

Weltfriedensrat auf Sowjetkurs

Die Weltfriedenskongresse von Paris und Prag riefen 1949 die Völker der Welt auf, den Kriegsplänen der Imperialisten wachsam und geeint entgegenzutreten. Für die «operative Leitung» der Bewegung wurde ein ständiges Komitee, das Weltkomitee der Friedenspartisanen, geschaffen. Es bestand aus Vertretern von 72 Ländern und wurde im November 1950 in Weltfriedensrat umbenannt.



Wachablösung Unter den Linden in Ostberlin. DDR-Soldaten im Stechschritt. Und zwar ausgerechnet vor dem «Mahnmal gegen Faschismus und Militarismus». Da passt der Stiefel genau.

südkoreanischen Zivilflugzeuges lieber nicht äussert;

● Kampf dafür, dass die Politik der Gewalt durch Dialog und Verhandlungen ersetzt wird – wobei man die Todesschüsse zwischen den beiden deutschen Staaten geflissentlich überhört.

Früchte sowjetischer Friedensregie

In dem 1950 verabschiedeten Statut des Weltfriedensrates ist festgehalten, dass die Friedensbewegung eine universale demokratische Bewegung sei, an der jedermann – auch Klassenfeinde und Gläubige – mit gleichen Rechten teilnehmen kann: «Die Weltfriedensbewegung ist eine allumfassende demokratische Bewegung der Völker, sie ist eine Aktionsbewegung der Massen... Der Weltfriedensrat stützt sich bei der Organisation seiner Aktionen auf die nationalen Komitees. Die Arbeit der nationalen Friedenskomitees dient dazu, die breitesten Massenaktionen für den Frieden zu organisieren, eine ständige Basis für Diskussionen der verschiedenen individuellen

Gruppen und Organisationen zu schaffen... und die breiteste Einheit aller Menschen guten Willens herbeizuführen...»

Ein Jahr nach den Weltfriedenskongressen von Paris und Prag fand vom 15. bis 19. März 1950 in Stockholm eine wegen ihrer propagandistischen Nachwirkung bedeutsame Konferenz statt. Es wurde dabei eine Unterschriftensammlung für die Verteidigung des Friedens und die Vernichtung der Atomwaffen beschlossen. Bis 1952 hatte der Weltfriedensrat nach eigenen Angaben in der ganzen Welt über 500 Millionen Unterschriften gesammelt. Dreissig Jahre später kommentierte François Bondy in der «Weltwoche»: «Es fällt mir schwer, die weltweite Kampagne gegen die Atombombe zu vergessen, die als «Stockholmer Appell» berühmt wurde, Millionen Unterschriften einheimste – darunter verehrungswürdigste Namen – und von der nichts mehr zu hören war, nachdem die Sowjetunion ihrerseits die Atombombe entwickelt hatte. Als später Nikita Chruschtschow in einer Rede nichtatomaren Staaten mit einer Atombombe drohte – es war 1956 –, war kein «Stockholmer» mehr in Sicht.»

Der Weltfriedensrat (vgl. ZeitBild Nr. 10/1982) hat über den reinen Friedenskampf hinaus ein breites Aktionsfeld:

- Kampf für das Verbot aller Massenvernichtungswaffen – vornehmlich durch einseitige Vorleistungen des Westens;
- Kampf für die Aufhebung ausländischer Militärbasen – nicht aber jener der UdSSR in Osteuropa;
- Kampf für die Beseitigung aller Formen von Kolonialismus und Rassendiskriminierung – wobei die zaristische und sowjetische Kolonisation in grossen europäischen und asiatischen Gebieten nicht gemeint ist;
- Kampf für die Achtung des Rechts der Völker auf Souveränität und Unabhängigkeit als Voraussetzung des Friedens – ausgenommen die hundert nichtrussischen Nationen und ethnischen Gruppen in der Sowjetunion und den Volksdemokratien;
- Achtung der territorialen Integrität der Staaten – inbegriffen die sowjetischen Eroberungen nach dem Zweiten Weltkrieg, die sich – wie im Falle Polens – sogar auf die eigenen «Verbündeten» erstreckten;
- Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten – Interventionen wie diejenige in Afghanistan ausgenommen;
- Kampf für gegenseitige vorteilhafte Handels- und Kulturkontakte – wobei der Vorteil vor allem der maroden sozialistischen Planwirtschaft und der sowjetischen Propaganda zustehen soll;
- Kampf für ein friedliches Nebeneinander – wobei man sich zum sowjetischen Abschuss eines

Der Kommentar

Trotz Afghanistan und trotz Abschluss einer südkoreanischen Verkehrsmaschine; trotz Moskauer Drohgesten und trotz der fortgesetzten sowjetischen Vorrüstung; die Friedenskampagne geht mit zweifellos gesteigerter Sowjethilfe weiter, dem «heissen Herbst» entgegen.

Möglich, dass sich die Bundesrepublik, heute bereits ein Frontstaat im Ringen der Sowjets um die Kontinentalherrschaft, mit dem Milliardenkredit an die DDR vor allzu argen und belastenden Manifestationen und Demonstrationen freigekauft hat. Möglich, dass die sowjetischen Strategen bereits über den «heissen Herbst» hinaus planen. In diese Richtung weisen zwei gewichtige Aufsätze, der eine als Leitartikel in «Kommunist» Nr. 12/83, der andere von W. Sagladin in der «Prawda» vom 23. Juli veröffentlicht.

Wir haben hier wiederholt unterstrichen, dass die UdSSR und ganz Osteuropa in einer tiefen Wirtschaftskrise stecken, einen Rüstungswettlauf auf höchster elektronischer Ebene nicht mehr erfolgreich zu führen vermögen und darum letzten Endes bei den Abrüstungsverhandlungen einlenken müssen.

Was sie bislang davon abhielt, zu einer vernünftigen Abrüstung Hand zu bieten, sind die Hoffnungen auf westliche Uneinigkeit und Schwäche. Hier liegt die grosse innere Tragik der Friedensbewegung: dass deren gutgläubige Mitläufer mit

ihrem Einsatz die tatsächliche Abrüstung gefährden, die wegen der sowjetischen Wirtschaftskrise erstmals seit 1917 in den Bereich realer Möglichkeiten gerückt ist.

Mittelbar gesteht «Kommunist», das theoretische Organ der KPdSU, diesen Tatbestand ein: die (angebliche) Kriegsdrohung der kapitalistischen Staaten bereite «der Arbeiterklasse der sozialistischen Staaten grosse Schwierigkeiten bei Aufbau und Vervollkommnung des Sozialismus, bei der Schaffung der Vorbedingungen des Übergangs zum Kommunismus».

Noch schlimmer aber seien die Auswirkungen der «Rüstungsjagd» und der «Kriegspsychose» auf den Lebensstandard der Arbeiter im Kapitalismus und auf die Lage der Völker in den Entwicklungsländern, die auf ihre Rückständigkeit fixiert blieben.

Eben hier schreibt Sagladin im Klartext: «Ein charakteristischer Zug der Antikriegstätigkeit der kommunistischen Parteien (KP) der nichtsozialistischen Welt ist die enge Verknüpfung des Kampfes für die Verhinderung eines Krieges mit der Arbeit, die gegen die Folgen der Wirtschaftskrise gerichtet ist; Folgen, die sich durch die Vorbereitung zum Krieg und das Wettrüsten vertiefen.»

In dieser Ankündigung darf man ohne Zögern einen Hinweis auf die neue Generallinie Moskaus erblicken: Die Friedensbewegung wird in der Ersten Welt mit dem Kampf «gegen» die Arbeitslosigkeit und in der Dritten Welt mit dem Kampf «für» die Befreiung verknüpft. Und damit ist die Stossrichtung der Friedensbewegungen als Element des Klassenkampfes weit über das laufende Jahr hinaus festgelegt.